



006/12

26.01.12

Perspektiven für den Kreis Ostholstein

Landrat Sager gibt Ausblick zu wichtigen Kreisthemen

Eutin. Der Kreis Ostholstein muss sich in diesem Jahr erneut zahlreichen Herausforderungen stellen, erklärte Landrat Reinhard Sager in einem heutigen (26. Januar) Pressegespräch im Kreishaus. Viele Entscheidungen aus dem Jahr 2011 werden in diesem Jahr Wirkung entfalten oder umgesetzt.

Feste Fehmarnbeltquerung - Hinterlandanbindung

Die Frage nach der Trasse für die Hinterlandanbindung im Zuge der Festen Fehmarnbeltquerung ist nach wie vor von außerordentlicher Bedeutung für die Region. Es komme nun darauf an, unsere berechtigten Interessen weiter voranzubringen. Ostholstein müsse daher unbedingt mit einer Stimme sprechen, so Landrat Sager mit Nachdruck. Auf dem richtigen Weg sei man in jedem Fall mit dem Raumordnungsverfahren und dem im letzten Jahr erstmals eingerichteten Dialogforum. Insgesamt sei festzustellen, dass sich die Akzeptanz dieses Projektes ganz wesentlich danach bemesse, dass überzeugende Antworten auf die berechtigten Fragen in Ostholstein gegeben werden. Wir werden hier wei-

Herausgeber:

Kreis Ostholstein, Lübecker Str. 41, 23701 Eutin
Tel. 04521 / 788-438, Fax: 04521 / 788-96438, E-Mail: a.sierks-pfaff@kreis-oh.de
Verantwortlich für den Text: Anja Sierks-Pfaff



terhin mit großer Konsequenz die berechtigten Interessen der Bevölkerung versuchen in die Planung einzubringen.

Fehmarnbelt- Komitee

Im deutsch-dänischen Fehmarnbelt-Komitee übernimmt der ostholsteinische Landrat in 2012 turnusmäßig wieder für ein Jahr den Vorsitz. Die Organisation der Zusammenarbeit über den Fehmarnbelt hinweg gewinnt zunehmend an Bedeutung mit dem Näherrücken des Baus der festen Fehmarnbeltquerung. Grenzüberschreitende Fragen der Beschäftigung und Beteiligung an den Bauarbeiten, die Einführung eines Fehmarnbelt-Tickets für den ÖPNV über die Grenze hinweg oder der Abbau von bürokratischen Hindernissen sind Anliegen des Komitees. Daneben gilt es, die Interessen der Region bei den jeweiligen Regierungen und auch bei der EU zu vertreten.

Metropolregion Hamburg bringt neue Perspektiven für Ostholstein

Seit Anfang des Jahres ist der Kreis Ostholstein Mitglied in der Metropolregion Hamburg. Damit erreiche die regionale Zusammenarbeit entlang der Entwicklungsachse A 1 eine neue Dimension, erklärte Landrat Sager. Auch wenn es bereits in der Vergangenheit beispielsweise eine gute Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen in verkehrspolitischen Fragen oder im Hinblick auf die Dänemarkstrategie gegeben habe, sei besonders durch die Planung der Fehmarnbeltquerung auch von anderen Mitgliedern der Beitritt des Kreises zur Metropolregion gefordert wor-



den. Sowohl Hamburg als auch die Randkommunen hätten ein erhebliches Interesse an der Entwicklung, da sie viele Vorteile, besonders durch die Anbindung der BAB A1, erwarteten. Gerade für Ostholstein als Flächenkreis könnten sich hieraus zukunftssträchtige Entwicklungen ergeben, zum Beispiel durch neue Gewerbeflächen und Siedlungsstrukturen. Allein der Imagegewinn werde sich für die ostholsteinische Region bezahlt machen und darüber hinaus eine spätere Verbesserung der Entwicklung ermöglichen.

Thema Energiewende gewinnt an Bedeutung

Im Zuge der Energiewende bekommen die verstärkte Nutzung von Windenergie und die Ableitung der gewonnenen Energie in die verbrauchsstärkeren Regionen Deutschlands jetzt und in den nächsten Jahren eine besondere Bedeutung.

Landrat Reinhard Sager: „Der Kreis Ostholstein hat sich intensiv in das Verfahren zur Änderung des Regionalplans für die Region Ostholstein - Lübeck eingebracht. Nun sehen wir der Ausweisung von neuen Vorrangflächen für Windenergie durch das Land im Frühjahr erwartungsvoll entgegen.“ Für die Ableitung des Stroms werde allerdings der Bau einer 380kV- Leitung quer durch den Kreis nach Lübeck und nach Kiel notwendig werden. Auch hier werde sich der Kreis einbringen, um für ein Verfahren zu sorgen, das einerseits schnell und zügig voran kommt - aber andererseits auch die Belange der Einwohner des Kreises würdigt, so Sager.



Touristische Infrastruktur weiter qualitativ verbessern

Im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft (ZPW) mit einer Laufzeit von 2007 bis 2013 konnten bisher für die ostholsteinische touristische Infrastruktur rund 23 Millionen Euro Fördermittel gewonnen werden. Dies hat insgesamt rund 36 Millionen Euro Gesamt-Investitionsvolumen ausgelöst. Gefördert wurden im Bereich Tourismus in Ostholstein insgesamt 21 Projekte mit einer durchschnittlichen Förderquote von 60 Prozent.

Von der Förderung haben schwerpunktmäßig die innere Lübecker Bucht sowie Heiligenhafen profitiert. So konnten beispielsweise die umfassende Neugestaltung der Promenaden in Timmendorfer Strand einschließlich Niendorf, Scharbeutz und Sierksdorf gefördert werden. Heiligenhafen setzt mit den geförderten Infrastrukturvorhaben zudem neue Maßstäbe in der Ausstattung. Hier sind die Neugestaltung der Binnenseepromenade sowie der Neubau der Seebrücke auf dem Steinwarder mit ihrem innovativen Konzept zu nennen. Auch Grömitz, Dahme und Oldenburg i. H. investieren mit Hilfe der Fördermittel kräftig in den Tourismus. Diese Projekte haben zusätzlich nicht unerhebliche private Investitionen ausgelöst.

Hotels und Ferienhäuser: Es geht jetzt richtig voran!

20 Jahre nach der Wiedervereinigung stellt sich die Küste völlig modernisiert auf. Das ist unter anderem den engagierten Tourismusakteuren aus der Region als auch dem Küstenschutz zu verdanken. Hier wurde



und wird ebenfalls in erheblichem Umfang in die Verstärkung und Erhöhung der Küstenschutzbauwerke investiert. Maßnahmen des Küstenschutzes und der Neugestaltung der Promenaden wurden insbesondere in Scharbeutz und Timmendorfer Strand beispielhaft aufeinander abgestimmt und zusätzliche Fördermittel aus dem ZPW sowie der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) eingeworben. Die Wettbewerbsfähigkeit konnte hierdurch enorm gesteigert werden. Die innere Lübecker Bucht ist das neue Highlight an der gesamten Ostseeküste. Die Entwicklungsgesellschaft Ostholstein (egoh) arbeitet zudem seit einigen Jahren die Themen Wassersport, Häfen, Golfen und Camping als Stärken Ostholsteins heraus und profiliert sie als touristisches Angebot neu.

Erlebnis Bungsberg

In den letzten Jahren hat es viele vergebliche Konzepte gegeben, um den Bungsberg wieder zu beleben. Nunmehr scheint das Konzept mit dem Titel "Erlebnis Bungsberg" erfolgversprechend zu sein. Dank des Engagements der Sparkassenstiftung Ostholstein, die sich im Rahmen des Projektes "Bildungsspass Ostholstein" einbringt, und der vielen Akteure in der Gemeinde vor Ort und auch des Kreises ist ein Konzept entstanden, das vorwiegend an Kinder aus Schulen und Kindergärten sowie an Familien gerichtet ist. Die Maßnahmen passen sich behutsam in den Wald und die umliegenden Wiesen ein und werden als Träger von der Sparkassenstiftung und vom Zweckverband Bungsberg, dem die Gemeinde Schönwalde und der Kreis Ostholstein angehören, umgesetzt.



AnrufBus und ÖPNV- Ausschreibungen

Ende 2012 wird das letzte Bündel im Bus-Nahverkehr des Kreises ausgeschrieben. Es handelt sich um den Südbereich des Kreises von Scharbeutz/Ahrensböök bis Lübeck. Ziel der vergangenen und der jetzigen Ausschreibung ist es, mehr Transparenz für den Kreis zu bekommen und die bestehenden Leistungen im Busverkehr zu sichern. Neben dem liniengebundenen Busverkehr stehen aber auch zunehmend bedarfsorientierte Angebote - wie der AnrufBus im Kreisnorden - im Mittelpunkt. In diesem und dem nächsten Jahr wird es die Aufgabe des Kreises sein, diese Angebote, die vor allem im ländlichen Raum sinnvoll sind, vor dem Hintergrund begrenzter Mittel zu optimieren und auch in anderen Bereichen des Kreises einzuführen.

Gesundheitsstandort Ostholstein gut aufgestellt

Ostholstein ist als Gesundheitsstandort mit seinen zahlreichen Kliniken und vielen weiteren unterschiedlichsten Gesundheitsangeboten gut aufgestellt. Für den ostholsteinischen Arbeitsmarkt ist dies von nicht unbedeutendem Interesse und trägt durchaus auch dem demografischen Wandel Rechnung.

Das vorhandene Angebot wird für das nördliche Kreisgebiet in naher Zukunft nicht nur durch den Bau des neuen Krankenhauses auf Fehmarn (Gesamtbau summe 9 Millionen Euro, davon 6,3 Millionen Euro För-



dermittel und 2,7 Millionen Euro Eigenmittel der Sana Kliniken Ostholstein) wesentlich verbessert. Investiert wird zurzeit auch in die Sana Klinik Oldenburg. Der Bau eines modernen und komfortablen neuen Bettenhauses mit drei Stationen wird im 1. Halbjahr 2012 beginnen und voraussichtlich in 2013 fertig gestellt. In Anschluss daran werden der Aufnahme- und der Intensivbereich neu gebaut. Am Standort Oldenburg werden damit inklusive der schon erfolgten Baumaßnahmen über 30 Millionen Euro investiert. Davon sind 19,5 Millionen Euro Fördermittel und 11,5 Millionen Euro Eigenmittel der Sana Kliniken Ostholstein. Die Fördermittel für Krankenhaus-Bauten werden vom Land Schleswig-Holstein, dem Kreis Ostholstein und den übrigen Kreisen und kreisfreien Städte im Land aufgebracht. Insgesamt werden so rund 39 Millionen Euro allein für die Standorte Oldenburg und Fehmarn investiert. Diese Zahl zeigt, dass die Privatisierung der damaligen Ostholstein-Kliniken sehr erfolgreich verlaufen ist, denn der Kreis hätte dieses Geld nicht selbst investieren können.

Darüber hinaus baut auch die Schön Klinik Neustadt i.H. für 35 Millionen Euro ein Gebäude mit 12 Operationssälen. Der Fördermittelanteil beträgt hier 10 Millionen Euro.

Projektgruppe „Gesundheitsprävention“ in der Kreisverwaltung

Auch die Kreisverwaltung Ostholstein will sich zukünftig noch intensiver mit dem Thema Gesundheitsprävention für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auseinander setzen. Ansteigende Zahlen bei den Krankheits-



tagen und den Langzeiterkrankungen seien hierfür mehr als Anlass genug, erklärte der ostholsteinische Verwaltungschef. „Die Gründe hierfür sind unterschiedlichster Art. Wir müssen nun noch intensiver schauen, was getan werden kann, um diese Situation zumindest mittelfristig zu verbessern. Eine Projektgruppe soll dabei helfen, die Möglichkeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuloten.

Kreisverwaltung will wieder mehr ausbilden

Die Kreisverwaltung strebt an, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Der Kreis möchte mit dieser Maßnahme einerseits den eigenen Personalbedarf, aber auch den Bedarf an Nachwuchskräften für die Kommunen im Kreis decken.

Im Jahr 2012 werden daher erstmals seit fünf Jahren wieder neben zwei Kreisinspektoranwärtern drei statt bisher zwei Auszubildende als Verwaltungsfachangestellte eingestellt. Für das Ausbildungsjahr 2013 sollen es dann neben drei Auszubildenden auch drei Kreisinspektoranten werden.

Ausbau der Krippenplätze auf gutem Weg

Das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren (U3) steigt im Kreis Ostholstein kontinuierlich an. Durch den Ausbau von Krippenplätzen in Kindertagesstätten und Tagespflegeangeboten gibt es für diese Zielgruppe insgesamt bereits rund 1.195 Plätze. „Damit ha-



ben wir eine Versorgungsquote von rund 29 Prozent der Kinder unter drei Jahren im Kreis erreicht“, so Landrat Reinhard Sager. Der Kreis Ostholstein liege damit im Landesvergleich bereits im oberen Drittel. Die kreisangehörigen Kommunen seien beim Ausbau und bei der Sanierung von Kindertagesstätten, Krippen und Einrichtung von Tagespflegeangeboten sehr engagiert und kämen ihren gesetzlichen Verpflichtungen nach, so Sager. „Der Kreis Ostholstein ist auf einem guten Weg, flächendeckend die Betreuung der Kinder bis zum sechsten Lebensjahr in Kindertagesstätten und in der Tagespflege zu gewährleisten.“

Aus dem Bundesinvestitionsprogramm Kindertagesbetreuung wurden bislang 101 Maßnahmen und 791 Plätze, davon 211 in der Tagespflege, gefördert. Aus Bundes- und Landesmitteln stehen für Ostholstein insgesamt 8.178.000 Euro an Fördermitteln für den Ausbau der U3-Betreuung zur Verfügung. „Mit diesen Maßnahmen wird die Versorgungsquote im Kreis Ostholstein auf rund 32 Prozent steigen“, stellte Landrat Sager fest. Um die bundesweit angestrebte Versorgungsquote für U3-Kinder von durchschnittlich 35 Prozent zu erreichen, müssen noch rund 130 Plätze geschaffen werden. Diese werden voraussichtlich aus den verbleibenden Fördergeldern von rund 2,8 Millionen Euro bezuschusst werden können.

Die Versorgungsquoten in den Kommunen des Kreises stellen sich dabei unterschiedlich dar. Während der Kreissüden einen höheren Versorgungsgrad als 35 Prozent anstrebt, werden ländliche Bereiche auch mit geringeren Quoten die Betreuung gewährleisten können. Sager: „Aller-



dings ist auch Vorsicht geboten, nicht zu viele Betreuungsplätze zu schaffen, die in der Zukunft bei Rückgang der Kinderzahlen nicht mehr benötigt werden. Es dürfen mit Steuergeldern keine Leerstände finanziert werden“, so Sager.

Regionalleitstelle soll am 1. Oktober 2012 starten

Die Kreise Herzogtum Lauenburg, Ostholstein und Stormarn werden nach Beschlussfassung in 2011 ihre gesetzlich übertragenen Aufgaben als Träger des Rettungsdienstes, des Brandschutzes sowie im Rahmen der Katastrophenabwehr gemeinsam in der Integrierten Regionalleitstelle Süd (IRLS) wahrnehmen. Die neue Regionalleitstelle mit Sitz in Bad Oldesloe soll am 1. Oktober 2012 starten.

Der Kreis Ostholstein verfolgt bereits seit längerem das Ziel, mit anderen Kommunen eine gemeinsame Leitstelle zu betreiben. Eine Erneuerung der eigenen Leitstellentechnik würde ohnehin in einiger Zeit notwendig werden, so Landrat Sager. Er äußerte sich zufrieden darüber, dass die Kreise selbst diese Kooperation angestrebt und erreicht hätten. „Mit vergleichsweise geringen Mitteln und ohne den üblichen Personalabbau wird der Aufgabenübergang möglich sein.“ Insgesamt könne außerdem festgestellt werden, dass durch den Zusammenschluss der beiden Leitstellen viele Synergien genutzt und nicht unerhebliche Kosten eingespart werden. Aufgrund der personellen und technischen Ausstattung werde in einem größeren Zuständigkeitsbereich eine professionelle



Aufgabenwahrnehmung erfolgen, ohne dass es dafür erheblicher Investitions- oder Betriebskostensteigerungen bedarf.

Teilhabe am Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte

Grundsätzlich habe der Kreis Ostholstein auf der Grundlage des im Dezember vergangenen Jahres beschlossenen Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes einen Anspruch auf die besonderen Konsolidierungshilfen, erklärte Landrat Reinhard Sager.

Eine wesentliche Bedingung zur Teilhabe sei jedoch trotzdem der Nachweis weiterer eigener Konsolidierungsanstrengungen, die in ihrer Folgewirkung einen dauerhaften Haushaltsausgleich ermöglichen sollen. Der Wunsch auf Teilhabe, der aus Verwaltungssicht alternativlos sei, so der Landrat, werde jedoch einen nochmaligen Kraftakt nötig machen. Denn der Kreis habe in den zurückliegenden Jahren bereits weitgehend alle in Frage kommenden Konsolidierungsfelder – bis auf den im Landesvergleich noch vergleichsweise niedrigen Kreisumlagesatz – konsequent aufgegriffen und umgesetzt.

Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei den Zuwendungsrichtlinien zu, die gegenwärtig noch im Innenministerium erarbeitet werden. Da Gesetz und Richtlinien für eine Dauer von zehn Jahren gelten und eine alternative Inanspruchnahme von Fehlbetragszuweisungen in diesem Zeitraum ausgeschlossen ist, sei hier von ausschlaggebender Bedeutung, dass auf Grundlage dieser Richtlinien eine möglichst wirksame Hilfe für den Kreis erreicht werden kann. Keinesfalls dürfe es bei dem sogenann-



ten „Entschuldungsfonds“ zu in der Sache nicht gerechtfertigten Umverteilungswirkungen in größerem Ausmaße kommen, betonte Sager. Der Kreis bemühe sich daher nach Kräften um eine adäquate Ausgestaltung der betreffenden Richtlinien.